

„Wer von Ungleichheit redet, kann von Gleichheit nicht schweigen“ Interview mit Thomas Faist zu der Sozialen Frage im 21. Jahrhundert

Thomas Faist ist Professor für Transnationalisierung, Entwicklung und Migration an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld und Keynote-Speaker des diesjährigen Annual Seminars „A New Social Question or Crisis as Usual?“.

BGHS: Die diesjährige Konferenz der BGHS beschäftigt sich genauer mit der Frage, wie soziale Ungleichheiten problematisiert und skandalisiert werden. Nun wissen wir, dass die Wahrnehmung und Bewertung von sozialen Ungleichheiten jedoch sehr unterschiedlich ausfallen kann, führt man sich nur einmal zum Vergleich die Debatten über die Sozialversicherung in den USA und in Europa vor Augen. Wenn wir also Ungleichheiten beklagen, welche generellen Voraussetzung müssen dazu erfüllt sein?

Thomas Faist: Dazu müssen wir im ersten Schritt unseren Blick auf Normen von Gleichheit und Gerechtigkeit lenken. Wer von Ungleichheit redet, kann von Gleichheit nicht schweigen, denn die Abweichung von der Gleichheitsnorm ist der Ursprung des Ungleichheitsempfindens. Nur wenn Menschen ihre Situation und ihre Aspirationen mit Gleichheitsnormen und Gerechtigkeitsvorstellungen vergleichen, nehmen wir überhaupt Ungleichheiten wahr. Es ist die Diskrepanz zwischen Normen und tatsächlichem Handeln bzw. der wahrgenommenen Situation, welche Ungleichheit überhaupt erst wahrnehmbar werden lassen bzw. sogar erzeugen. Wenn Menschen feststellen dass es eine Differenz gibt zwischen Normen der Gleichheit, also dem was sie als fair und gerecht empfinden und den tatsächlichen Handeln der Menschen, dann werden die Menschen dies auch so beklagen. Diese Feststellung bringt uns im zweiten Schritt zu einer weiteren wichtigen Voraussetzung. Die Entkopplung zwischen der tatsächlichen Situation und der Gleichheits-

norm muss auch als solche kommuniziert werden. Die öffentliche Thematisierung der wahrgenommenen Ungleichheiten in den Medien, im politischen Geschehen, in den Debatten und Konflikten ist sehr wichtig und erst dann kann man erst von einer sogenannten sozialen Frage sprechen. Es muss ein Agenda-Setting in der Öffentlichkeit und darüber hinaus eine darum herum sich ergebende politische Mobilisierung geben.

Diese Zusammenhänge kann man sich gut an drei Beispielen verdeutlichen. Nehmen wir als erstes die Finanz-, Fiskal- und Wirtschaftskrise in der EU. Insbesondere in den südeuropäischen Mitgliedsstaaten wie Griechenland gingen die Menschen auf die Straße, um gegen Abbau etwa von Gesundheitsdienstleistungen zu demonstrieren. Breite Teile der Bevölkerung beteiligten sich daran. Sie forderten u.a. eine Gesundheitsversorgung, die nach dem technisch möglichen Standard in Europa realisierbar ist. Dieses soziale Grundrecht wird jetzt aufgrund von Kürzungen und Einsparung verletzt. Hier fordern Bürger Europas die allfällige Rede vom „Sozialen Europa“ auch wirklich ein, mit dem die Organe der EU und viele Politiker eine Selbstbeschreibung vornehmen. Das zweite und kompliziertere Beispiel ist die bereits angesprochene Gesundheitsreform in den USA. „Obamacare“ – also der Versuch einen großen Anteil der Unversicherten abzudecken - war und ist äußerst umstritten, aufgrund der tiefgreifenden Konflikte um die Rolle des Staates in der sozialen Sicherung. Die Norm der Gleichheit ist hier sehr unterschiedlich bzw. es gibt einen Widerstreit zwischen

den Normen der Gleichheit. In diesem Fall wird deutlich, dass es nicht *die* eine Norm der Gleichheit gibt. Die Anhänger von „Obamacare“ sind der Meinung, dass soziale Grundrechte wie z.B. die Krankenversicherung, überhaupt erfüllt sein müssen, damit Menschen ihre politischen Rechte wahrnehmen können. Die Kritiker von „Obamacare“ sehen in der Gesundheitsreform eine Einschränkung der Gleichheit, wie sie Friedrich August von Hayek in „Der Weg in die Knechtschaft“ beschreibt. Der überbordende Staat bevormundet mit seiner Regulierungswut die Bürger. Anhand des dritten Beispiels sehen wir, dass nicht nur verschiedenen Gleichheitsnormen auf einen Fall angewandt werden können, sondern eben auch die politische Mobilisierung stark schwanken kann. Die Hungersnöte in China und Indien in den 1950er und 1960er veranschaulichen das sehr deutlich. Der Ökonom Amartya Sen hat des Öfteren darauf hingewiesen, dass in dieser Zeit es – bei etwa gleichem wirtschaftlichem Entwicklungsniveau der beiden Länder – zwar in China Hungersnöte gab, in denen Millionen Menschen starben, aber eben nicht in Indien. Er führt dies – trotz aller Ungleichheiten in Indien – darauf zurück, dass es in Indien eine Presse gab, die Hungersnöte skandalisierte und den notwendigen Druck auf die Regierungen erzeugte, während dies in China zu dieser Zeit aufgrund der Einparteidiktatur nicht möglich war.

BGHS: Wenn wir einen Blick auf die Grenzen Europas werfen und die Protestbewegungen in der Ukraine und in der Türkei anschauen oder die beinahe alltäglichen Flüchtlingsdramen im Mittelmeer, dann zeigt sich deutlich wie instabil eigentlich unsere geglaubten Sicherheiten in der EU sind. Sind wir an dem Punkt einer neuen Sozialen Frage im 21. Jahrhundert angekommen?

Thomas Faist: Sie erwähnen zwei interessante Fälle, welche sehr schön die Breite sozialer

Verwerfungen illustrieren. Bei den Protesten in der Türkei 2013 und auch heute noch geht es um Kritik an dem, was der Politikwissenschaftler Guillermo O'Donnell einmal delegative Demokratie genannt hat, dass also nach Wahlen (Ausdruck des Volkswillens) die gewählten Herrschenden einfach machen, was sie wollen und autoritär herrschen. Hier geht es um die Verletzung der politischen Gleichheitsnorm „gleiche politische Freiheit“, eine andere Bezeichnung für Demokratie. Bei den alltäglichen Flüchtlingsdramen, die sich bspw. Im Mittelmeer abspielen, geht es stärker um soziale Teilhaberechte, also soziale Menschenrechte. Zwar sind es in der Regel nicht die Ärmsten der Armen, die sich auf diese häufig nicht seetüchtigen Boote wagen, aber dennoch sind hier Wohlstandsgefälle und damit verbunden, und genauer gesagt, Verwirklichungschancen verbunden – die nun einmal im Hinblick auf Bildung, Arbeit, Gesundheit in Europa im Durchschnitt viel besser sind als in den Herkunftsländern. Wichtig ist hier zu erkennen, wer denn eigentlich die alltäglichen Dramen auf dem Mittelmeer thematisiert. Im Fall der Mittelmeerflüchtlinge sind es vor allem die Hilfsorganisationen, die das Leiden der Flüchtlinge als Verletzung der Menschenrechte skandalisieren. Sie sind die Advokaten nicht der Bürgerinnen und Bürger der EU, sondern derjenigen, die von draußen in die EU hinein wollen. Die andauernden Flüchtlingsdramen im Mittelmeer sind ein Stachel im Fleisch der Europäischen Union, die ja gerade als „Softpower“ auf die Beachtung der Menschenrechte setzt und daher in der Abweichung solcher Normen besonders leicht zu treffen ist. Zwar fordern EU-Vertreter die Einhaltung der Menschenrechte, zugleich weist die EU an ihren Grenzen notleidende Flüchtlinge ab. Das macht die Politik der EU angreifbar. Generell ist Migration neben Klimawandel ein besonders markantes Beispiel für eine neue soziale Frage im 21. Jahrhundert. Die soziale Frage von heute hat eine grenzübergreifende Di-

mension. Beispielsweise macht die Mobilität von Menschen nicht an den Grenzen von Nationalstaaten einfach Halt. Migration ist deshalb so zentral, weil Staaten in der EU ihre nationale Handlungsfähigkeit demonstrieren können, oder gar auf EU-Ebene z.B. durch Frontex. Migrationskontrollen an Grenzen und im Inland sind sogar sehr erfolgreich!

BGHS: Sie sprechen in diesem Zusammenhang von einer transnationalen sozialen Frage, was können wir uns darunter vorstellen und welche Konsequenzen hat dies für die Bewertung von Ungleichheiten?

Thomas Faist: Wir wissen, dass die sogenannte soziale Frage im 19. Jahrhundert sich hauptsächlich auf den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit fokussierte, klassenmäßig gesprochen zwischen kapitalistischer Bourgeoisie und Proletariat. Heute gibt es politische Konflikte entlang vieler verschiedener Konfliktlinien, nehmen wir nur einmal das Heterogenitätsmerkmal Geschlecht (Gender), Ethnizität, sexuelle Orientierung, Religion usw. Das sind alles keine „neuen“ Heterogenitäten und im Vergleich zum 19. Jahrhundert wurden Ungleichheiten vor allem im Hinblick auf Klasse politisch thematisiert, heute treten diese Ungleichheiten in Diskussionen in der Öffentlichkeit stärker hervor – im „Westen“ teilweise sichtbar in sog. neuen sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren; z.B. mit der Adressierung historischer Ungleichheiten über Gleichstellungspolitiken (Affirmative Action, Positive Action).

Zentral ist dabei, dass es öffentliche Debatten bzw. gar Konflikte um Verteilung und Anerkennung gibt, z.B. Verteilung von Einkommen. Die Vererbung von Vermögen wird wieder wichtiger für Lebenschancen; was nicht heißt, dass Einkommen absolut unwichtiger werden würde. Aber auch die Verteilung von Chancen z.B. im Bildungssystem: Wer darf aufs Gymnasium? und von Anerkennung z.B. kulturelle

Rechte für Minoritäten, etwa bei der Religionsausübung oder Sprachgebrauch von Migranten, bei der gegenwärtig der Islam in Europa und „Hispanics“ in den USA im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen. Heute ist die soziale Frage durch drei Merkmale charakterisiert, welche das 19. vom 21. Jahrhundert unterscheiden. Erstens, wie gerade wieder erwähnt, sind es vielfältige Linien, Differenzen, Heterogenitäten, über Klasse hinaus. Zweitens gibt es in Europa den Wohlfahrts- bzw. Sozialstaat, der Klassenkonflikte, zumindest in der Nachkriegsära nach 1945, erfolgreich moderierte. Drittens fehlt heute ein relativ einheitlicher Theoriestrang, wie es noch im 19. und in Teilen des 20. Jahrhunderts mit den sozialistischen Thesen der Fall war, welche dann für die Analyse und politische Mobilisierung wichtig sind.

Nun zur transnationalen Frage: Transnational ist die soziale Frage insofern als es Flüsse gibt, die über Grenzen hinweg verlaufen und die soziale Verwerfungen sichtbar machen, z.B. Verlagerung von Arbeitsplätzen im Ausland, wie es seit Jahrzehnten in der Bekleidungsindustrie verlief oder aber auch die internationale Migration und der Klimawandel. Nun ist es keineswegs so, dass nur die „Betroffenen“, also bspw. Arbeiter/innen in Bangladesch oder Deutschland; Migranten und Flüchtlinge und vom Klimawandel betroffene Kleinbauern in Mexiko politisch mobilisieren. Vielmehr gibt es in den bevorteilten Staaten des „Westens“ und „Nordens“ auch erfolgreich politische Versuche, allgemeine Fragen wie „Politikverdrossenheit“ und Eliten-Massen-Entfremdung auf Bereiche wie Migration zu verlagern. Dann erscheinen etwa Migranten nicht als Netto-Zahler des Sozialstaats, was sie tatsächlich insgesamt sind, sondern als Netto-Empfänger oder gar als Sozialschmarotzer oder neuerdings als „Wohlstandsflüchtlinge“ aus Rumänien. Hier haben wir es mit einer perversen Politisierung zu tun, in diesem

Falle Rechtspopulismus. Die sozialen Verwerfungen zwischen Nord und Süd werden nicht nur von den Freunden der Menschheit thematisiert z.B. durch die wirkliche Umsetzung der Millennium Development Goals der UN sondern auch von denen, die Migranten als „Einwanderer in die Sozialsysteme“ sehen. Der Neopopulismus z.B. verkörpert durch Geert Wilders in den Niederlanden oder Marie Le Pen in Frankreich ist eine ganz deutliche Antwort auf die transnationale soziale Frage. Transnational bedeutet hier also nicht nur grenzübergreifend, sondern auch die Bearbeitung von Folgefragen im „Inland“.

Das Gespräch führte Christian Ulbricht